

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

04.07.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>LNG: Schiff in Mukran eingetroffen</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 04.07.2024</i> .....	3
2   <b>Experten fordern Rechtsrahmen für Fusionsforschung</b> <i>energate Messenger, 03.07.2024</i> .....	4


📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 04.07.2024 | S. 1

📄 Auflage: 23.530 | Reichweite: 79.409

## LNG: Schiff in Mukran eingetroffen

Das als schwimmendes Flüssigerdgas (LNG)-Terminal genutzte Spezia Schiff „Neptune“ ist am Industriehafen von Mukran auf Rügen eingetroffen. In den nächsten Tagen werde auch das zweite sogenannte Regasifizierungsschiff „Energis Power“ erwartet und das Energie-Terminal „Deutsche Ostsee“ vervollständigen, teilte die Firma Deutsche Regas mit. Das Terminal soll über eine Kapazität von jährlich bis zu 13,5 Milliarden

Kubikmetern Erdgas verfügen und bis zu 15 Prozent des gesamtdeutschen Erdgasbedarfs decken. Bei den Schiffen handelt es sich um sogenannte Floating Storage and Regasification Units (FSRU), also Schiffe, die das stark gekühlte LNG nicht nur laden, sondern auch erwärmen und dadurch zurück in einen gasförmigen Zustand versetzen und als Erdgas einspeisen können.

 energate Messenger | 03.07.2024 Carsten Kloth

## Experten fordern Rechtsrahmen für Fusionsforschung

**Berlin** (energate) - In einer Anhörung des Bundestags-Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung haben sich die Sachverständigen für einen eigenen Rechtsrahmen für die Fusionsforschung ausgesprochen. Das Atom-Gesetz könne nicht bei der Forschung und Entwicklung von Kernfusion angewendet werden, hieß es. Von der neuen Technologie gingen deutlich geringere Risiken als von der Kernspaltung aus. Spezielle Gesetze seien zudem die Voraussetzung dafür, dass sich Fusionsunternehmen in Deutschland ansiedelten und die technologische Weiterentwicklung vorangetrieben werde, so die Expertinnen und Experten.

Fusionsunternehmen würden bei der Standortsuche die Länder bevorzugen, die bereits einen "risikoangemessenen Rechtsrahmen für Fusionskraftwerke haben", sagte Sara Castegini von Global Policy Lead - Commonwealth Fusion Systems. Und auch Heike Freund, Mitglied des Gründungsvorstandes von Pro Fusion und Geschäftsführerin bei Marvel Fusion, plädierte für einen Rechtsrahmen, der die Fusion klar von der Kernspaltung trennt.

Unternehmen und Fachkräfte könnten sonst in die Länder abwandern, in denen bereits Gesetze speziell für die Fusionsforschung existierten. Bei Regulie-

rung an USA und UK orientieren "Deutschland ist in der Fusionsforschung weltweit führend", sagte Constantin Häfner vom Fraunhofer-Institut für Lasertechnik ILT. Der internationale Wettbewerb um die Fusionsforschung sei "in vollem Gange". Hohe Investitionen in die Fusionsforschung in Ländern wie den USA, England, Japan oder China bedrohten Deutschlands Technologieführerschaft. Häfner sprach sich dafür aus, eine Expertenkommission im Bereich der Fusionsforschung einsetzen zu lassen, Pilotprojekte zu starten und ein internationales Förderprogramm auf den Weg zu bringen. Auch private Investitionen sollten gefördert werden.

Die Fusionsforschung in Deutschland sei bereit, ein erstes Demonstrationskraftwerk zu bauen, sagte Christian Linsmeier vom Institut für Energie- und Klimaforschung - Plasmaphysik, Forschungszentrum Jülich. Da die Planung und der Bau eines solchen Fusionsreaktors etwa 20 Jahre dauern werde, sei eine hohe Rechtssicherheit für die beteiligten Firmen unabdingbar. Für die Regulierung der Fusion könne Deutschland von den USA und dem Vereinigten Königreich lernen, sagte Hannes Vogel von Proxima Fusion. Dort gebe es bereits Gesetze speziell für die Kernfusion.